



Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Blumenstraße 28b, 80331 München

**Stadtplanung - Planungsgruppe
Bezirk Mitte (Stadtbezirk 3, 4 und 9)
PLAN-HAII-22P**

Blumenstraße 28b
80331 München
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
Dienstgebäude:
[REDACTED]
Zimmer [REDACTED]
Sachbearbeitung:
[REDACTED]
plan.ha2-22p@muenchen.de

- I. Über die BA-Geschäftsstelle Mitte an die
Vorsitzende des Bezirksausschusses des
Stadtbezirks 3 - Maxvorstadt
Frau Dr. Svenja Jarchow-Pongratz

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
10.12.2025

[LHM-Schutzbedarf: 2]

Für ein gemeinwohlorientiertes, nachhaltiges Stadtquartier am Strafjustizzentrum
BA-Antrags-Nr. 20-26 / B 08401 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 03 – Maxvorstadt
vom 11.11.2025

Sehr geehrte Frau Dr. Jarchow-Pongratz,

der o.g. Antrag des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 03 - Maxvorstadt wurde dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung zur federführenden Bearbeitung zugeleitet.

Sie fordern die Stadtverwaltung auf, sich bei der Entwicklung desjenigen Teils des Areals am Strafjustizzentrum, für den sie letztlich zuständig sein wird, gezielt Münchner Wohnungsbaugenossenschaften und deren Konzepte in die weitere Planung einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere Ansätze berücksichtigt werden, die gemeinschaftliche Flächennutzung, soziale Mischung der Bewohnerschaft, gemeinsame Verantwortung für die Quartiersentwicklung sowie nachhaltige Bau- und Wohnformen in den Mittelpunkt zu stellen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung (PLAN) setzt sich seit Beginn der Überlegungen zur Nachnutzung des Strafjustizzentrums aktiv für die Schaffung eines nachhaltigen, gemischten, inklusiven, durchgrüntem urbanen Quartiers mit bezahlbarem Wohnraum ein und wird diese Ziele auch weiterhin verfolgen. Dazu gehört unter anderem auch, soweit möglich, Wohnungsbaugenossenschaften in zukünftige Planungen einzubeziehen.

Allerdings liegt der Landeshauptstadt München bislang keine offizielle Anfrage des Freistaats Bayern vor. Der Oberbürgermeister hat mit Schreiben vom 25.11.2025 an den Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr um Übermittlung der aktuellen Überlegungen des Freistaates zum ehemaligen Strafjustizzentrum gebeten. Sobald diese vorliegen, werden sie von den städtischen Referaten geprüft werden und die Stadt kann in Verhandlungen mit dem Freistaat eintreten.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]